

Für eine Drogenpolitik, die Europa sicherer, gesünder und gerechter macht

Drogenpolitisches Manifest für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024

Trotz der Milliardenausgaben für die Drogenbekämpfung ist es der europäischen Drogenpolitik nicht gelungen, die Gesundheit und Sicherheit unserer Bevölkerung zu schützen.

Der Drogenkonsum erreicht historische Rekordwerte. Jedes Jahr kommen neue Substanzen auf den EU-Markt. Die Politik der Drogenbekämpfung war nicht in der Lage, die wachsende Macht der organisierten Kriminalität zu stoppen. Es ist erwiesen, dass Prävention, Behandlung und Schadensbegrenzung notwendig sind, um Leben zu retten und unsere Gemeinschaften zu schützen, aber den Diensten für Drogenkonsumenten fehlt es an Ressourcen und politischer Unterstützung.

Die Europawahlen 2024 müssen einen Paradigmenwechsel herbeiführen. Dieses Manifest legt eine Vision für eine pragmatische, innovative und menschenrechtsorientierte europäische Drogenpolitik dar, die zu gesünderen und sichereren Community's führt. Wir laden alle europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Kandidaten ein, die folgenden Handlungsaufrufe zu unterstützen.

Gemeinsam werden wir eine Drogenpolitik entwickeln, die Europa für die Zukunft stärkt.

#FutureDrugPolicyEU24

HIER
UNTERSCHREIBEN



OFFEN FÜR ALLE. INITIIERT VON:

Correlation
European Harm
Reduction Network





Höhere Investitionen in die Gesundheits- und Sozialfürsorge

Der Drogenkonsum in Europa erreicht Rekordhöhen, und die zunehmende Präsenz neuer psychoaktiver Substanzen, einschließlich synthetischer Opioide, hat die Alarmglocken schrillen lassen. Strafverfolgung und Drogenkontrolle werden diese neue Bedrohung nicht aufhalten, so wie sie in anderen Regionen der Welt versagt haben. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, müssen die EU-Institutionen der Unterstützung und Finanzierung integrierter Gesundheits- und Pflegedienste, die nachweislich funktionieren, Vorrang einräumen. Eine Konzentration auf Dienste, die Menschen, die Drogen konsumieren, unterstützen und nicht bestrafen, ist notwendig, um Leben zu retten und die Sicherheit der Community zu gewährleisten.

Die EU-Drogenpolitik muss neu ausbalanciert werden und die derzeitige Priorisierung der Strafverfolgung, gegenüber der Gesundheit, beenden. Die EU-Institutionen müssen die Investitionen und die Unterstützung für selektive und indizierte Präventionsprogramme, evidenzbasierte freiwillige Behandlungen, lebensrettende Schadensbegrenzung (einschließlich HIV/AIDS- und HCV-Prävention, opioidgestützte Behandlung, Naloxon zum Mitnehmen, Drug Checking und Drogenkonsumräume) sowie Community nahe und Community geführte Dienste, die alle Bedürftigen erreichen können, aufstocken.



Abkehr von der Drogenbekämpfungspolitik

Es ist an der Zeit, die Drogenbekämpfungspolitik aufzugeben, die zwar Milliarden gekostet hat, aber weder die Größe der illegalen Drogenmärkte noch die Macht des organisierten Verbrechens oder die Gewalt verringert hat. Rechtsgrundlagen und Narrative, die Menschen, die Drogen konsumieren, und marginalisierte Communities stigmatisieren und ihnen die Schuld geben, müssen durch Maßnahmen ersetzt werden, die auf Fakten, Inklusion und Menschenrechten beruhen.

Um einen integrierten, ganzheitlichen und intersektionalen Ansatz zur Drogenbekämpfung zu gewährleisten, müssen die EU-Gesundheitsgremien eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der EU-Drogenpolitik spielen. Die Drogenpolitik muss in der Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik verankert werden und darf nicht allein der Strafverfolgung überlassen werden.

Die EU-Institutionen müssen einen integrativen, menschenrechts- und geschlechtsspezifischen Ansatz in der Drogenpolitik verfolgen, einschließlich einer eindeutigen Unterstützung für die Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten als Maßnahme zur Beseitigung der Stigmatisierung und zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheits- und Sozialdienstleistungen.

Die neue EU Drogen Behörde muss Indikatoren entwickeln, die die Wirksamkeit und die Auswirkungen der aktuellen drogenpolitischen Ansätze wie Verbrechenverhütung, Nachfragereduzierung und Schadensminimierung überwachen, auch in Bezug auf Stigmatisierung, Zugang zu Dienstleistungen und Menschenrechte, und sie muss mehr Forschung bezüglich der Auswirkungen von Gesetzesgrundlagen betreiben. Die EU-Gremien, die für die Wahrung der Menschenrechte, der EU-Werte und der Rechtsstaatlichkeit zuständig sind, müssen ebenfalls einbezogen werden.



Sicherstellung der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Community

Eine sicherere und wirksamere Drogenpolitik erfordert die Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft, die tagtäglich mit den Communitys zusammenarbeiten, gefährdete Gesellschaftsgruppen erreichen können und am besten über neue Trends auf den Drogenmärkten informiert sind. Die EU-Drogenpolitik muss den Grundsatz "Nichts über uns, ohne uns" widerspiegeln und in erster Linie die betroffenen Community's und die Menschen, die Drogen konsumieren, mit einbeziehen. Mechanismen für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der EU-Drogenpolitik, einschließlich des Civil Society Forum on Drugs in der EU, sollten von der Europäischen Kommission, der EU-Drogen Behörde und allen relevanten EU-Institutionen angemessen finanziert, unterstützt und sinnvoll konsultiert werden. Sie sollten Vertreter betroffener Community's umfassen, darunter Menschen die Drogen konsumieren, junge Menschen, Frauen und diejenigen, die unverhältnismäßig stark von Kriminalisierung, Stigmatisierung und Diskriminierung betroffen sind.



Erforschung innovativer Ansätze, einschließlich verantwortungsvoller Regulierung

Eine pragmatische Drogenpolitik erfordert die Erforschung innovativer Ansätze für die Drogenmärkte, einschließlich der verantwortungsvollen Regulierung von Drogen wie Cannabis, als Schlüsselmaßnahme zum Schutz der Gesundheit und der Menschenrechte von Community's und zur Verringerung der Macht der organisierten Kriminalität. Die EU sollte diese Innovationen fördern und ihre Auswirkungen auf Gesundheit, Sicherheit und Menschenrechte überprüfen.

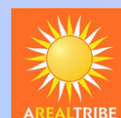
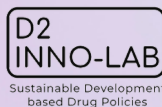
Die europäischen Entscheidungsträger müssen sicherstellen, dass die europäischen Gesetze und die Politik die Annahme innovativer Ansätze für die Drogenmärkte, einschließlich einer verantwortungsvollen Regulierung, erleichtern. Die EU-Drogen Behörde sollte die Auswirkungen der Drogenpolitik und -regulierung überprüfen, um eine fakten gestützte Politikgestaltung zu ermöglichen. Dies wird das gegenseitige Lernen unterstützen, bewährte Verfahren fördern, zu pragmatischen Lösungen beitragen und Europa auf die Zukunft vorbereiten.

HIER UNTERSCHREIBEN



Bereits unterzeichnet von...

Organisationen der Zivilgesellschaft:



Green Party Malta (ADPD), Alcohol en drugscoach, ALIAT, Alliance Nationale des Communauté pour la Santé (ANCS), Alternation Association, Anandamind, Antigone onlus, Romanian Association Against AIDS (ARAS), Asociace poskytovatelů adiktologických služeb, z.s., Association Bus 31/32, Association DrogArt, Association for Humane Drug Policy, Association GrEID, Association SKUC, CAPUD, CASO, Citywide Drugs Crisis Campaign, Društvo SVIT, ENCOD, Episteme - Investigació i Intervenció Social, Forum Drugs Mediterranean (FAAAT), Forum Prävention - streetlife.bz, Fundatia PARADA, GAT Portugal, Global Commission on Drug Policy, Harm Reduction Malta, Help Not Harm, International Center for Ethnobotanical Education, Research and Service (ICEERS), Közalapítvány Bulisegély Szolgálat (INDIT), Italian Harm Reduction Network (ITARdD), Koje - Taktisch Klug, Koper, Kosmicare, Kykeon Analytics, L' Isola di Arran, LEAP NL, Legalize NL, MANAS, Matthildur - harm reduction organization, NADIR ETS, Parametria, Parsec NGO, PeerNUPS, Plataforma Brasileira De Política De Drogas, Positive Voice, PRAKSIS, Projet Lama centre psycho-médico-social, ProLAR Nett, Psycare UK, Recovering Nepal, RefletsduReel (RdR), Safer Youth, Sociedad Clínica de Endocannabinología (SCE), Sovape, Techno Plus, VAD - Vlaams Expertisecentrum Alcohol en Andere Drugs, VOC - Union for the abolition of cannabis prohibition, 4motion asbl. / PIPAPO.

Einzelpersonen:

Alex Brown (UNODC), Alexandra Karden, Bayot Pauline, Christoph Wilhelmer, Claude Bamberger, Clément Enjalbert, Damien Henno, Dorota Drabinska, Elie Delemar-Affortit, Gabriela Brígida Resende Cierco, Gernot Klantschnig, Grégoire Hubert, Gregor Bader, Guillaume Faurel, Hannah Sommeregger, Hassan Bassi, Jérémie Vidal, Juan Carlos Melero, Katharina Sturm, Katrin Schroeder, Laurent Thermy, Luke Ming Flanagan (Member of the European Parliament), Marcus Ramusch, Matthias Seidl, Maximiliano Perez Cañete, Mieczysław Radecki, Nadine van Gelder, Nicoleta Dascalu, Nina Guercon, Olivier Poulain, Pierre Pinçon, Sara Lukac, Sean Roekens, Shawny Vanhoutteghem, Tiberiu Capudean, Tom Pankras, Thomas Reintoft, Valentina Mancuso.